

«Wir müssen Altersheime bauen, keine Schulen»

Szenario Der demografische Wandel ist in aller Munde: Liechtensteiner werden immer älter, Gesundheits- und Pflegekosten steigen ebenfalls. Die Regierung hat in ihrer Postulatsbeantwortung die Herausforderungen bis ins Jahr 2040 analysiert.

VON HANNES MATT

Mitpostulant Manfred Batliner (FBP) erklärte Wichtigkeit und Chancen der demografischen Entwicklung und deren Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen und die sozialen Institutionen mit den blumigen Worten: «Liechtenstein wird nicht nur grauer, sondern auch bunter.» Er wusste aber auch um die Schwierigkeiten, die eine solche weitreichende Prognose bringt, die von einer Vielzahl an Faktoren abhängig ist - aber immer noch besser, als gar keine zu haben. Die Regierung habe, wie sie schreibt, die Möglichkeit, entweder durch aktives Eingreifen mit enormen Mitteln bis hin zur vollkommenen Passivität zu reagieren. Es würde aber auch die Privatinitiative und Selbstbestimmung des Liechtensteiner Bürgers angesprochen, besonders, was die Alterspflege betrifft, fasste er zusammen.

Enkeltauglichkeit bewahren

Batliner legte sein Augenmerk auf die Enkeltauglichkeit der AHV, etwa durch Festsetzung des Deckungssatzes der Altersvorsorge-Reserven oder den Export von 33 Prozent der Frankenbeträge an Renten ins Ausland, welcher auch aufgrund der Grenzgängerszahlen weiter steigen werde. Ein weiteres Signal: Die prognostizierte Verdop-



Für Manfred Batliner (FBP) war das Postulat ein Erfolg: Das Thema wurde in der Öffentlichkeit ausführlich diskutiert. (Foto: Zanghellini)

pelung der Pflegefälle in einer älter werdenden Bevölkerung und die Erhöhung der Kosten um den Faktor 2,5. Die Förderung von häuslicher Pflege sei unabdingbar, sonst liefen die Kosten für Alters- und Pflegeheime sowieso davon. Es wird indes eine zusätzliche Pflegeversicherung erwähnt. Mitpostulant Wendelin Lampert (FBP) möchte aber dringend zuerst die zweite Säule saniert haben, bevor man überhaupt von einer Pflegeversicherung sprechen kann. Akuten Handlungsbedarf sieht er nicht nur bei der staatlichen, sondern bei allen Kassen. Gemäss Regierungsrat Mauro Pedrazzini ist die Erwähnung einer solchen jedoch nur als theoretisch möglicher Schritt zur

finanziellen Entlastung des Staates gemeint.

Rentenbezüge vermindern

Die AHV macht den Landtagsabgeordneten in Zukunft besondere Sorgen. Dazu Wendelin Lampert: «Der Kapitalbezug ist ein Problem. Leute nehmen ihr Geld in Anspruch, kommen mit Achtzig ins Altersheim und dann heisst es: Lieber Staat, die Finanzen sind weg, ich brauche Unterstützungsleistungen.» Pedrazzini antwortete: «Unsere Idee wäre, dass man bei der Verrentung nur so viel beziehen kann, wie einer halben AHV-Rente entspricht.» Das wäre ein Kompromiss in der Einschränkung der finanziellen Freiheit im Bezug des Rentenguthabens. Es gelte, diese

in verträglichem Mass für die Selbstbestimmung des Bürgers einzuschränken, damit die AHV-Ausgaben nicht in den Himmel wachsen. Christoph Wenaweser (VU) ergänzte: «Ich finde es gut, dass man über eine Limitierung des Kapitalbezugs nachdenkt. Aber es kann nicht sein, dass dann Pensionskassen aus früh Versterbenden Gewinne schlagen.» Weiter wünschte sich Helen Konzett Bargetze (FL), dass die Regierung konkretere Vorschläge zum demografischen Wandel bringt, damit jeder in Würde altern könne. Parteikollege Thomas Lageder (FL) bemerkte mit einem Zwinkern, dass man laut Regierungsbericht «lieber Altersheime statt Schulen bauen sollte». Die Postulatsbeantwortung wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

ANZEIGE

An advertisement for a Vespa Primavera scooter. The scooter is shown in a brown color. The Vespa logo and 'Primavera' text are visible. Below the scooter is the logo for 'wenaweser' and the text 'zweiradcenter schaan' and the website 'www.wenaweser.li'.